



Union sieht China-Politik der Ampel-Koalition sehr kritisch

Die Unionsfraktion hat die China-Politik der Bundesregierung als unstimmig und unabgestimmt kritisiert.

In einer aktuellen Stunde des Bundestages warf die Unionsfraktion Bundeskanzler Olaf Scholz vor, dass dieser die regelbasierte internationale Ordnung nicht hinreichend gegen den Machtanspruch Chinas verteidige. Fraktionsvize Jens Spahn bemängelte den Teilverkauf eines Containerterminals im Hamburger Hafen an die chinesische Reederei Cosco.

Die CDU/CSU-Fraktion sieht China als systemischen Rivalen mit einem diktatorischen Regime, das nur noch von einer Person – dem soeben als Parteichef wiedergewählten Präsidenten Xi Jinping – abhängig sei. China verfolge das Ziel, wirtschaftlich und politisch stärkste Nation zu werden. Um dies zu erreichen, seien ihm alle Mittel recht – einschließlich des Bruchs internationalen Rechts, millionenfacher Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung der Uiguren.

Dem Kanzler, der in der vergangenen Woche zu einem Kurzbesuch nach Peking gereist war, warf die Union weiter vor, es sei ihm einzig und allein darum gegangen, Xi als erster nach dessen Wiederwahl die Hand zu schütteln. Das wird keiner transatlantisch abgestimmten Position gerecht. Die CDU/CSU-Fraktion erwarte, dass der Kanzler sich mit den Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantiks abstimme, dass er dem Vormachtstreben Chinas Einhalt gebiete und das internationale Regelwerk verteidige. Deutschland muss diesem Regime geschlossen entgegentreten.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jens Spahn warb dafür, die strategische Abhängigkeit Deutschlands von China zu verringern und die Handelsbeziehungen zu diversifizieren. Niemand wolle die Handelsbeziehungen zu China abbrechen, doch müsse Deutschland souveräner werden.

Das sollten wir besser lassen. Zu gefährlich.“ So wird der BND im ZDF-Morgenmagazin zum Hamburger Hafen-Deal zitiert. Bundespräsident Steinmeier äußert sich ablehnend – und vergleicht die China Politik von heute mit der Russlandpolitik von gestern. Sogar sechs befragte Bundesministerien der Scholz-Regierung empfehlen: kein Deal mit China. Doch wenige Tage vor seiner China-Reise hat Bundeskabinett hat einer Beteiligung von 24,9 Prozent am Hafen Tollerort zugestimmt.

Dafür kritisierte Spahn den Kanzler heftig, dass er den Teilverkauf des Hafenterminals an Cosco gegen den Rat von sechs seiner Minister „brachial durchgesetzt“ habe. Mit der Verkaufsgenehmigung habe er auch „europäisches Porzellan zerschlagen“.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



breite Akzeptanz für die Bekämpfung des Klimawandels zu erzielen und die notwendige Aufmerksamkeit in der politischen Debatte zu schaffen, war in den vergangenen Jahren Grundkonsens.

Was jedoch als friedliche Demonstration begann, hat sich in Teilen der Klimabewegung in den vergangenen Wochen und Monaten zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt, der kriminelle Mittel nicht scheut und dabei auch Leib und Leben von Menschen gefährdet. Historische Kunstwerke von überragendem Wert werden mutwillig beschädigt, unser nationales Kulturgut und auch Weltkulturerbe absichtlich angegriffen. Straßen werden blockiert und Rettungskräfte bei der Bergung von Verletzten behindert.

Die Straßenblockierer und Kunstschänder erfüllen mit ihren Taten verschiedene Straftatbestände. Sie instrumentalisieren und schädigen dabei Tausende von Unbeteiligten. Es ist schon Ausdruck einer sehr merkwürdigen Logik, sich von solchen Attacken auf Menschen, Kunst und Kultur mehr Interesse für Klimaschutz zu erhoffen. Die bisher verhängten Geldstrafen von 20-30 Tagessätzen entfalten aber nicht die erforderliche Abschreckung.

Mit den von unserer Fraktion vorgeschlagenen Verschärfungen wollen wir dem entgegensteuern. Der Rechtsstaat muss auf diese Straftaten konsequent antworten. Dabei ist klar, dass die strafrechtlichen Änderungen nicht gegen bestimmte Gruppen, sondern bestimmte strafwürdige Handlungsweisen gerichtet sind. So wollen wir beispielsweise den Tatbestand der Behinderung von hilfeleistenden Personen insgesamt verschärfen, da die Störungen bei Hilfeleistungen - beispielsweise bei der Versorgung von Verunglückten durch Filmen an der Unglücksstelle oder Blockieren der Rettungsgasse - zugenommen haben. Auch ein guter Zweck heiligt keine kriminellen Mittel. In unserer Rechtsordnung ist kein Platz für Selbstjustiz, auch nicht von selbst ernannten Klimaschützern.

Herzliche Grüße aus Berlin! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Wachsen aus der Krise durch mehr Gelder für Bildung und Forschung Berufliche Bildung als echter Chancenmacher



Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Donnerstag in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2023 abschließend den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beraten. Hierzu erklären Christian Haase, haushaltspolitischer Sprecher, und Kerstin Radomski, zuständige Berichterstatterin für den Einzelplan 30:

Christian Haase: „In Deutschland fehlen die Fachkräfte. Die Bundesregierung muss hier dringend mehr tun und das auch finanziell mit den entsprechenden Geldern hinterlegen. Ein Strategiepapier allein reicht nicht. Gerade im Bereich der beruflichen Bildung gibt es erheblichen Nachholbedarf. Da die Ampel diese Mittel deutlich kürzt, scheinen Fördern und Fordern für die Bundesregierung keine Priorität zu haben. Investitionen in berufliche Bildung stärken nicht nur unser Fachkräftepotential, sondern sind ein echter Chancenmacher. Nicht nur ein Hochschulstudium bringt beruflichen Erfolg. Insbesondere muss die Vielfalt von Handwerksberufen stärker sichtbar gemacht und die Förderung von Frauen in Handwerksberufen ausgebaut werden.“

Kerstin Radomski: „Im Bereich Forschung müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Wir fordern, dass die Kürzungen der Forschung an Fachhochschulen rückgängig gemacht werden. Denn auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften forschen und bringen Deutschland als Wissenschaftsstandort voran. Außerdem wollen wir die Gesundheitsforschung fördern und mehr Geld für die Erforschung von Long-Covid und Autoimmunerkrankungen zur Verfügung stellen. Denn durch zielgerichtete Forschung kann das Leid vieler Menschen gelindert werden.“

Fotos: Tobias Koch / Jan Kopetzky

Inflation fair und zügig ausgleichen

Im September 2022 hat die Inflationsrate laut Statistischem Bundesamt bei +10,7 Prozent gelegen. Damit erleben wir die höchste Inflationsrate seit über 70 Jahren. Diese Inflationsraten und ein Konsumklima auf Rekordtief werden die deutsche Volkswirtschaft sehr wahrscheinlich in eine Rezession stürzen. In einer solchen Situation verbietet es sich geradezu, dass Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen der kalten Progression noch mehr belastet werden.

Laut Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut (WSI) steigen nach den bislang vorliegenden Abschlüssen die Tariflöhne 2022 durchschnittlich um 2,9 Prozent. Nach Abzug der aufs Jahr gerechneten durchschnittlichen Inflationsrate sinken sie real um 7,8 Prozent. Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern insgesamt sind laut Bundesfinanzministerium z.B. im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 26,3 Prozent auf gut 93 Milliarden EUR gestiegen.

Das Bundeskabinett hat am 14. September 2022 den Entwurf für ein Inflationsausgleichsgesetz verabschiedet. Es soll inflationsbedingte Mehrbelastungen ausgleichen, indem inflationsbedingte Steuermehreinnahmen dieses Jahres in Höhe von 15,8 Mrd. EUR zurückgegeben werden sollen – aber erst im kommenden Jahr.

Die CDU/CSU-Fraktion hat deswegen die Ampel-Koalition diese Woche aufgefordert:

1. die Eckwerte des Einkommensteuertarifs schon für 2022 zugunsten der Steuerpflichtigen zu verschieben, um die kalte Progression in diesem Jahr vollständig auszugleichen;
2. die Freigrenze des Solidaritätszuschlages entsprechend anzuheben,
3. die Überprüfung des Einkommensteuer-Tarifverlaufs künftig jährlich vorzunehmen, um die kalte Progression in der aktuellen Phase hoher Inflationsraten auszugleichen und
4. die Anhebung des Kindergelds um 18 Euro für die ersten beiden Kindern auf alle weiteren Kinder auszuweiten.

Impressum:

Ausgabe Nr. 18/2022,
11. November 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck